Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 281 und 12 707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1.50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 286 — Dresden, Donnerstag den 9. Dezember 1926 — 37. Jahrg.

Die mißhandelte Phrase

Rund um Herrn Scholz

In der politischen Diskussion leistet der Deutsche zweifellos etwas Besonderes. Nicht etwa, daß er dabei mehr Worte machte oder mehr Phrasen lieferte, als bei politischen Diskussionen in anderen Ländern produziert werden, sondern es springt in Deutschland erheblich weniger Positives, vor allem erheblich weniger Klarheit heraus. Der Aufwand steht in keinem normalen Verhältnis zum Resultat.

Man erkennt das wieder an dem Verlauf der Diskussion, die der volksparteiliche Führer Scholz angefangen hat, als er in Insterburg erklärte, die Volkspartei stehe den Deutschnationalen erheblich näher als der Sozialdemokratie und könne mit der Partei der Junker und Monarchisten leichter regieren. Was sagen dazu die, die es politisch angeht und interessiert? Erklären sie, was das Gegebene wäre: „Endlich läßt die Volkspartei die Maske fallen! Endlich verrät sie sich in der Koalitionsfrage einmal klar und deutlich! Endlich gibt sie der von ihr kultivierten Phrase von der Volksgemeinschaft einen Fußtritt, daß sie quiekt!" Nichts dergleichen. In den Kreisen des Zentrums und der Demokraten wirft man die Hände anklagend gen Himmel. Herr Marx geht händeringend umher und sucht die sozialdemokratischen Unterhändler zu beschwichtigen, und auch der Sozpressedienst stimmt ein in die aufgeregte Entrüstung ob der Störung der stillen Koalition durch den Abgeordneten Scholz. Was es alles gibt!

*

Man kann nicht sagen, daß die Situation durch die vorliegenden Stimmen der führenden Presse klarer wird. Herr Scholz hat versucht, seine Aeußerungen ein kleines bißchen zu revidieren. Die Tägliche Rundschau dagegen, das Blatt Stresemanns, der sich die stille Unterstützung durch die Sozialdemokratie gern hat gefallen lassen, schreibt wörtlich:

„Dabei unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei vollkommen die Auffassungen teilt, **die der Fraktionsführer Dr. Scholz in seinen Ostpreußen-Reden entwickelt hat.**"

Die demokratischen Blätter sind empört, und die Vossische Zeitung schreibt:

„Wenn wir recht unterrichtet sind, haben der Reichskanzler ebenso wie die maßgebenden Persönlichkeiten des Zentrums den Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei nicht im Zweifel darüber gelassen, daß sie für einen Bürgerblock, das heißt für eine Koalition mit den Deutschnationalen, nicht zu haben sein würden, und es schwere innerpolitische Komplikationen geben könnte, wenn die Sozialdemokratie in eine Kampfstellung gegenüber dem Kabinett Marx gedrängt würde."

Die Germania setzt wie andere Zentrumsblätter den Kampf gegen Scholz fort und schreibt in einem Leitartikel:

„Jawohl, Scholz wollte die Entwicklung, die sich anbahnte und die ihm unsympathisch war, stören. Er wollte Sand in die parlamentarische Maschine streuen, weil ihm ihr Mechanismus nicht gefiel. Es ist wahr: er ist nur sich selbst und seinen bis in die jüngste Vergangenheit verfolgten Methoden treu geblieben, denn als zwischen den Regierungsparteien und der Sozialdemokratie die Vereinbarungen zustande gekommen waren, als deren Ergebnis ihm die „stille Große Koalition" erschienen, da war es Herr Scholz, der auftrat und erklärte, das sei ja gar nicht so gemeint. Ebenso gut wie mit der Sozialdemokratie könne man auch in Zukunft mit den Deutschnationalen Fühlung halten. Es muß gesagt werden, daß man dieser Darstellung leider nicht mit der nötigen Entschiedenheit entgegengetreten ist. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß jetzt der Eklat eingetreten ist."

*

Man irrt sich im Zentrum und bei den Demokraten sehr, wenn man die Störung der stillen Koalition nur auf Herrn Scholz zurückführt. Wie einst im wilhelminischen Deutschland der unvergeßliche und unsterbliche Junker Oldenburg von Januschau immer das aussprach, was die Konservativen dachten, wonach sie handelten und worüber sie schwiegen, so hat Herr Scholz in seiner Partei das Ressort der Offenherzigkeit zu verwalten. Er sprach aus, was die einflußreichen Geldsäcke der Volkspartei denken und was in diesem Zeitalter des Telephons, des Funkspruchs, der Gedankenleser, der Zollpolitik und des Schundgesetzes weiß der Himmel kein Geheimnis mehr ist. Die Nationalliberale Korrespondenz, die offiziöse Stimme der Volkspartei, zitiert Herrn Scholz' Rede ausführlicher und gibt auch folgende Stelle wieder:

„**Eine dauernde Koalition mit der Sozialdemokratie wäre auf keinen Fall möglich, höchstens ein ephemeres Gebilde auf Monate oder Wochen.**"

Die Nationalliberale Korrespondenz denkt nicht daran, von Scholz' Rede abzurücken, sondern sagt ausdrücklich: „Im übrigen enthält die Rede kaum etwas Neues. Feststeht doch, daß sie zu der bisherigen Haltung der volksparteilichen Reichstagsfraktion nicht im Widerspruch steht." Wenn im Lager der Mitte die Gedankengänge der Volkspartei und ihre politischen Absichten noch nicht klar sein sollten, dem wird mit diesen wenigen Worten alles serviert, was er braucht. Keine dauernde Koalition mit der Sozialdemokratie, sondern von Fall zu Fall, auf Wochen! Wie damals 1923, als die Sozialdemokratie erst den von der Rechten angerichteten Ruhrbankrott mitliquidieren und sich in drei Wochen unpopulär machen durfte, um dann durch einen Vorstoß des Herrn Scholz aus der Regierung komplimentiert zu werden. Die Volkspartei hat sich im Verlaufe ihres bisherigen Erdenwallens viel Heuchelei, Schaumschlägerei und Unwahrhaftigkeit geleistet, aber wenn einmal einer ihrer Führer der Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit seinen Tribut zahlt, so sollten Politiker sachlich feststellen, was er sagt, und danach kühl, aber entschieden handeln.

Zu diesem energischen Handeln sind weder die Demokraten noch das Zentrum fähig. Der Jammer der deutschen Politik liegt bei ihnen. Es ist der Sozialdemokratie gar nicht damit gedient, daß die beiden Weimarer Parteien jetzt Herrn Scholz und die Volkspartei zerzausen und die Luft mit Phrasen vernebeln. Die beiden republikanischen Parteien haben in der Regierung des Herrn Scholz hinreichend reaktionär mitgewirkt — siehe Zollwucher und Schund- und Schmutzgesetz —, als daß sie das Recht hätten, sich über die deutschnationalen Verwandtschaftsgefühle der Volkspartei derart zu entrüsten!

Im Verein mit unsern Genossen Löbe gründeten die guten Republikaner Dr. Wirth und Dr. Haas eine republikanische Union, die Deutschlands politische Atmosphäre reinigen helfen will. Bis jetzt hat man von ihr nichts gesehen als Aufrufe von aufrechter Gesinnung und eine Zeitschrift, in der eine entschieden freiheitliche Politik verlangt wird. Aber an republikanischen Reden und Zeitschriften fehlt es uns in Deutschland nicht so sehr als an Republikanern, die auf den Tisch schlagen können und die große Reinigungsarbeit zunächst einmal in ihrer Partei beginnen. Das gilt für die Demokraten wie für das Zentrum. Was nutzt uns eine republikanische Union, die in Berlin und andern Großstädten republikanische Veranstaltungen arrangiert, die einem Mysterienspiel ähnlicher sind als einer geharnischten Demonstration?! Wir stimmen unserm Kölnischen Bruderblatt, dessen Redaktion auch der Genosse Sollmann angehört, durchaus zu, wenn es an die drei Unionisten einen offenen Brief richtet, in dem zur Annahme des Schmutz- und Schundgesetzes gesagt wird:

„Wir fragen: Hat die Republikanische Union etwas getan, diese Entwicklung zu verhindern? Weil sie sich auf Reden im Lande und auf Zeitungsaufsätze beschränken, während andere im Reichstagsgebäude die politische Linie bestimmen? Was will die Republikanische Union? Will sie Demonstrationen ... oder will sie eine Zusammenfassung der politisch-parlamentarischen Kräfte unsrer republikanischen Parteien zu sozialen und demokratischen Aktionen? Uns scheint, daß auf diese letzte Frage eine bejahende Antwort durch die Tat notwendig wird, wenn die Republikanische Union ihre Daseinsberechtigung erweisen will."

*

Aber eins scheint bei der Diskussion um Herrn Scholz und das Insterburger Echo doch herauszuspringen: daß manche Leute die Volkspartei besser erkennen lernen und gewisse Illusionen loswerden. So lesen wir in einem Blatt, das sich liberal nennt und nationalliberal ist:

Der Fraktionsbeschluß, von dem Dr. Scholz spricht und der nunmehr auch von der Volkspartei veröffentlicht wird, ist beinahe drei Jahre alt und im übrigen derart kautschukartig gehalten, daß man auf seiner Basis einfach jede Politik treiben kann. Das geht schon daraus hervor, daß in ihm fortgesetzt mit dem Worte „Volksgemeinschaft" operiert wird. **Denn kein Wort ist so viel in der deutschen Parteitaktik mißbraucht worden wie gerade dieses.** Wenn einem Politiker gar nichts andres mehr einfällt, dann sagt er „Volksgemeinschaft", weil sich darunter je nachdem einfach alles oder nichts denken läßt.

So die Dresdner Neuesten Nachrichten! Sie haben mit der Volksgemeinschaftsillusion in den Blütezeiten dieser Phrase eine Unzucht getrieben, wie es kaum der Anzeiger frivoler konnte. Es war kaum eine Regierungskrise denkbar, in der von diesen und ähnlichen Blättern mit dem Worte von der Volksgemeinschaft auf dem Papier nicht jeder Konflikt gelöst worden wäre. Es gab keine verschiedenen Interessen, Gegensätze, Forderungen, über die man sich aussprechen mußte, es gab keine Parteien mehr, nur noch Volksgemeinschaft. Jetzt dämmert's — und das hat mit seinem Singen der Dr. Scholz getan.

Wie lange manchmal ein bißchen Wahrheit braucht, um sich durchzusetzen, und welch nichtige Anlässe dazu helfen! Der volksparteiliche Großkapitalismus, seine Steuerpolitik, die Zollpolitik, die Abneigung gegen energische Sozialpolitik — nichts konnte für diese liberalen Neutralen Licht bringen. Ein Dr. Scholz erklärt in Insterburg den Deutschnationalen seine Liebe — da plötzlich ist in einer Redaktion der lichte Moment da .... Kinder, Kinder!

Am Boden aber liegt eine zerschundene, mißhandelte Phrase, die noch — um einmal mit der Courths-Mahler zu sprechen — die Spuren ehemaliger Schönheit trägt.

Marx und Scholz

D. Berlin, 9. Dezember. (Eig. Funkspruch.) Die Vossische Zeitung weiß über die gestrigen Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und Dr. Scholz in ihrer heutigen Morgenausgabe folgendes zu melden:

„Der Abgeordnete Scholz ist von dem Reichskanzler auf die schwierige Situation hingewiesen worden, in die das Kabinett geraten würde, wenn die Sozialdemokratie sich dazu entschließen sollte, die Haltung wohlwollender Neutralität gegenüber der Regierung aufzugeben, in scharfe Opposition zu treten und gegebenenfalls ein Mißtrauensvotum gegen die Gesamtregierung zu richten."

Der Griff nach Albanien

Mussolinis Balkanimperialismus — Sofortige Folge: Krise in Südslawien

Der Ausbruch der Regierungskrise in Belgrad kommt nicht unerwartet. Zwar hat das Bündnis zwischen den serbischen Radikalen und der kroatischen Bauernpartei die geschichtliche Logik für sich, daß Serben und Kroaten ein und dasselbe Volk unter zwei Namen sind, aber die Regierungskoalition war nicht zwischen beiden Stämmen, sondern zwischen zwei machthungrigen Parteien abgeschlossen. In ihre inneren Differenzen schlug wie eine Bombe die Nachricht vom Abschluß des italienisch-albanischen Freundschaftsvertrages ein.

Die Vergewaltigung von rund einer halben Million Kroaten und Slowenen in Istrien und Goerz wirkt ebenso auf die Stimmung der Südslawen gegen Italien ein wie das Streben der faschistischen Außenpolitik, die Adria unter dem Schlagwort: „Mare nostro!" (Unser Meer) zu einer rein italienischen See zu machen. Aber unbekümmert um diese Stimmung breiter Volksmassen suchte der Serbe Nintschitsch als Leiter der Belgrader auswärtigen Politik seit Jahr und Tag sein Land durch möglichst enge Freundschaftsbande mit Italien zu verknüpfen. Sein Weg führt vom Pakt zu Rapallo bis zu den umstrittenen Konventionen von Nettuno. Erst unlängst betonte er, daß er ohne Verständigung mit Mussolini keinen wichtigeren Schritt in der auswärtigen Politik tue! Ein um so größerer Schlag ins Kontor ist der italienisch-albanische Vertrag vom 27. November 1926. Nicht nur formal enthüllte er die brutale Unehrlichkeit der faschistischen Außenpolitik. Wo bleibt z. B. das Abkommen von Rom zwischen Italien und Südslawien vom 27. Januar 1924, das jeden der beiden Vertragspartner verpflichtete, ohne vorherige Unterrichtung des anderen Teiles keine derartigen Verträge abzuschließen! Aber auch sachlich ist der italienisch-albanische Pakt fast eine feindliche Handlung Roms gegen Belgrad. Aeußerlich zwar gleicht er den vielen Freundschaftsverträgen, die jetzt zu Papier gebracht werden, aber schon das Mißverhältnis in der Stärke der Vertragschließenden — Italien über 40 Millionen, Albanien knapp 800 000 Einwohner — offenbart das innerste Wesen dieses Dokuments. Da Albanien für den Schutz der italienischen Grenze bei dem besten Willen nichts zu tun vermag, verbürgt Italien durch den Vertrag einseitig die staatsrechtliche Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit Albaniens, mit andern Worten: Mussolini wirft sich zum Protektor Albaniens auf, oder genauer: Der Pakt bringt in Paragraphen, was in der Wirklichkeit längst bestand, daß nämlich Albanien eine Kolonie Italiens ist! Mögen die faschistischen Blätter aus diesem Anlaß noch so sehr die selbstlose Friedensliebe der römischen Politik betonen, in Wahrheit hat sich hier der Wolf zum Hüter des Lammes gemacht, denn dem imperialistischen Vordringen des Mussolinismus öffnet der Vertrag Tür und Tor. Da Italien auch als Bürge des politischen Status quo in Albanien auftritt, kann es jeden gegen das Regime Achmed Beg Zogus gerichteten Aufstand zum Vorwand des Einschreitens und Einmarschierens benutzen. Die Skrupellosigkeit der Politik Mussolinis schreckt vor nichts zurück. So lag der Vertrag seit langem fertig vor, aber da die Regierung von Tirana mit der Unterschrift zögerte, zündete die Consulta mit Hilfe der in Italien lebenden albanischen Emigranten Mitte November ein munteres Feuerchen in Nordalbanien an, und dieser Aufstand machte Achmed Beg Zogu im Handumdrehen willfährig. Wenn also Mussolini einen Grund zur Truppenlandung in Durazzo und Valona braucht, schafft er ihn sich binnen 24 Stunden.

Wegen der Durchlöcherung der Parole: Der Balkan den Balkanvölkern! durch Mussolinis Streich ist Belgrad nicht leicht ergrimmt, und eine bemerkenswerte Seite bleibt es, daß Nintschitsch wegen des italienisch-albanischen Vertrages gewissermaßen von ganz Europa, das ihn als Vorsitzenden der letzten bedeutungsvollen Völkerbundtagung kennt, sein Amt hinwirft. Wird die daraus entsprungene Regierungskrise auch in erster Reihe mit Rücksicht auf die innerpolitische Kräfteverteilung gelöst werden, so bewegt die europäische Oeffentlichkeit nur die außenpolitische Bedeutung des Falles, und zwar in dem Sinne, den der Führer der slowenischen Christlichsozialen, Dr. Koroschetz, formuliert hat: Italien stellt die einzige Gefahr für den Frieden im Südosten Europas dar.

*

Alarm in Paris und Genf

P. Paris, 8. Dezember. (Eig. Drahtb.) Der [illegible] Temps weist in einem Leitartikel auf die Bewegung hin, die das italienisch-albanische Abkommen ausgelöst habe

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19261209/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG